

Der Klassensprecher

Als Bundestagspräsident ist Norbert Lammert offiziell der zweite Mann im Staat. Mit großem Engagement setzt sich der selbstbewusste Freigeist für die Wertschätzung des politischen Plenums ein

Von Thomas Wittke

Er hat schon Ecken und Kanten, meint ein Fraktionskollege, aber er sei ein „anerkannter Querkopf“. Der so Gewürdigte würde sich wahrscheinlich trefflich beschrieben finden: Norbert Lammert. Der Bundestagspräsident ist formell zweiter Mann im Staat und gibt sich seit 14 Tagen als Widerspenstiger, an dessen Zählung vor allem die Kanzlerin und hohe Parteikreise Interesse haben. Denn der Bundestagspräsident – formell zur parteipolitischen Neutralität verpflichtet – tut relativ viel, um der Bundeskanzlerin das Leben schwer zu machen.

Es geht ihm um die „Wahrung der Interessen des Bundestags“, sagt er. Es sei „böswillig und absurd“, ihm

zu unterstellen, er handele aus „kalter Rachsucht“, weil er bei der Suche nach einem Nachfolger für den zurückgetretenen Bundespräsidenten Köhler von der Kanzlerin übergangen worden sei. Aber wahr ist an der Geschichte, dass sich der redegewandte Parlamentspräsident aus Bochum lange Zeit als aussichtsreicher Kandidat auf die Nachfolge für das höchste Staatsamt wähnte und dann hinter Christian Wulff den Kürzeren zog. Da langte auch nicht, dass Lammert und Merkel sich duzen, was innerhalb der CDU ohnehin immer mehr in Mode kommt.

Rückblende 18. Oktober 2005. Bildung einer Großen Koalition in Berlin. Norbert Lammerts Wahl zum Bundestagspräsidenten kam für viele überraschend. Gewiss ist er ein alter parlamentarischer Hase. „Ich kam in jenem Jahr 1980 in den Bundestag, als Franz-Josef Strauß und Helmut Schmidt um die Kanzlerschaft kämpften“, berichtet Lammert.

Seine Karriereschritte in den achtziger und neunziger Jahren waren unter Kanzler Helmut Kohl eher überschaubar. Er war als Staatssekretär sehr gefragt: Im



Karriereschritte: Lammert kann auch widerspenstig auftreten

Wirtschafts-, Verkehrs- sowie im Forschungs- und Bildungsressort amtierte der hochintellektuelle Lammert bis zur Abwahl der schwarz-gelben Koalition 1998. Danach wurde er kultur- und medienpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion. Seine Autorität ist Folge seines Vorsizes der NRW-Landesgruppe der CDU – er war ein innerparteilicher Machtfaktor, der beispielsweise den damaligen Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble die bittere Botschaft überbrachte, dass dieser zurücktreten müsse, weil er durch die CDU-Parteipendenaffäre an grundsätzlicher Glaubwürdigkeit verloren habe. Von Putsch-Plänen sei die Rede, gegen die sich Lam-

mert nicht stellen werde. Schäuble tat wie geheißen und trat ab.

Lammert wäre als junger Mensch gerne Musiker geworden. Doch er sagt selbst: „Die Politik hat sich erst durchgesetzt, nachdem ich einsehen musste, dass meine Begeisterung für Musik als Grundlage für einen Beruf vermutlich nicht ausreichen würde.“ Der promovierte Sozialwissenschaftler Lammert wäre auch ein passabler Dirigent geworden, wie Simon Rattle einmal bemerkte, der ihm während einer Zugabe die Berliner Philharmoniker dirigieren ließ.

Lammert, der von 2002 bis 2005 schon Parlamentsvize war, stieß nach seiner Wahl auf einige Vorbehalte vor allem bei den Sozial-

demokraten im Bundestag. Seine Wahl galt als „problematisch“, inzwischen ist die Stimmung längst zu seinen Gunsten umge-

schwenkt. Man habe ein „generell positives Bild“, urteilt jemand aus der SPD-Fraktionsspitze. Lammert gilt bei der größten Oppositionspartei als „Freigeist“. Natürlich spielt bei diesen Bewertungen auch die Standhaftigkeit eine Rolle, die Lammert im Parlamentsstreit gegen die Regierung an den Tag legt.

Das Lob teilen Oppositionsleute, die eng mit ihm zusammenarbeiten. Als „selbstbewussten, entscheidungsfreudigen Mann“ würdigt Parlamentsvize Wolfgang Thierse den Parlamentschef. Er sei ein „politischer Präsident“, was der Lammert-Vize unbedingt als Lob verstanden sehen will. Ähnlich ist die Sichtweise von Katrin Göring-Eckardt. Sie vertritt die Bündnis-Grünen im Bundestags-Präsidium. Die Zusammenarbeit sei „vertrauensvoll und gut“. Lammert sei „parteilich für den Parlamentarismus“, lobt die Abgeordnete aus Thüringen. Gegen die Einbußen in der Wertschätzung des Parlamentes müsse man kämpfen. Und das tue Lammert, der „immer wieder neue Ideen entwickle“. Im Konflikt mit der Bundesregierung um die Abstimmungsverfahren bei der Euro-Abstimmung stehe sie „absolut“ an Lammerts Seite.

Lobende Worte auch von der Links-Partei. Für sie sitzt Petra Pau seit über fünf Jahren im Bundestagspräsidium. Lammert habe sie „in gemeinsamer Arbeit schätzen gelernt“. Er „meint es ernst, er handelt kollegial, er hat Humor.“ Selbst ernste Konflikte – so schloss Lammert einmal Links-Abgeordnete aus der Plenarsitzung aus, weil sie im Plenum mit bedruckten T-Shirts gegen die Tötung von 100 Zivilisten im afghanischen Kundus protestierten – würden eher pragmatisch gelöst. Pau: „Als Mitglied der Links-Fraktion fand ich die Aktion angemessen. Als Mitglied des Präsidiums des Bundestages muss ich sie kritisieren.“

Göring-Eckardt wie auch Lammert weisen darauf hin, dass die Trivialisierung des Parlamentes eine lange und koalitionsübergreifende Tradition habe – egal ob bei Rot-Grün oder der großen Koalition. Beispielsweise sei die kaum noch erinnerliche Eilig-Beratung der Atom-Laufzeitverlängerung kein „Glanzstück der Parlamentsarbeit“ gewesen, so Lammert. Man werde durch die gedrängten Beratungszeiten in den Ausschüssen den „eigenen Ansprüchen nicht mehr gerecht“. Vom „Verdacht mangelnder Sorgfalt“, dem sich das Parlament aussetze, sprach der erzürnte Präsident. Das Verhalten des Bundestages sieht er irgendwie als zu defensiv an: „Wir weisen Zumutungen nicht als Zumutungen zurück.“

Besuch beim Bundestagspräsidenten, Parlaments-Präsidenten-



Dirigent im Parlament: Bundestagspräsident Norbert Lammert wird von allen geschätzt – egal welcher politischen Couleure

flügel. In seinem eher nüchternen Büro fällt ein Öl-Gemälde ins Auge. Es heißt „Balance“, ein Bild mit tiefer Symbolkraft. Ein Parlamentspräsident muss abgewogen urteilen, es herrscht permanente politische Absturzgefahr.

Lammert gibt sich locker und gelöst, die Krawatte war schon mal korrekter gebunden. Er hat gerade einen längst überfälligen Urlaub

Zur Person

- wurde als ältestes von sieben Kindern eines Bäckermeisters am 16. November 1948 in Bochum geboren.
- studierte Politikwissenschaften, Soziologie, Neuere Geschichte und Sozialökonomie in Bochum und Oxford. 1975 promovierte er in Sozialwissenschaften. Danach verdiente er sein Geld freiberuflich als Dozent in der Erwachsenenbildung. 1980 zog er in den Bundestag ein.
- wurde 1989 parlamentarischer Staatssekretär zunächst im Bildungs- und Wissenschaftsministerium unter FDP-Minister Jürgen W. Möllemann. 1994 wechselte er als Staatssekretär ins Bundeswirtschaftsministerium, drei Jahre spä-

ter als Staatssekretär in das Verkehrsministerium. Er hat erhebliche Macht in der Unions-Bundestagsfraktion im Bundestag; 1996 wurde er Chef der CDU-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen.

- schied mit dem Ende der Kanzlerschaft Helmut Kohls aus dem Regierungsamte. Er wurde kultur- und medienpolitischer Sprecher der Unionsfraktion.
- wurde am 18. Oktober 2005 neuer Bundestagspräsident. Er erhielt gut 93 Prozent der Stimmen. 2009 bestätigte ihn das Parlament in dieser Position. Mit seiner humorvollen Amtsführung schaffte er es, eine lockere Diskussionsatmosphäre im Parlament durchzusetzen. twi

man in Parlamentskreisen, welches Signal Lammert damit setzen will.

Bei dem Gespräch geht es allein um die Bedeutungseinbußen des Bundestages, weniger um seinen Präsidenten. Die von Politikern so gerne besuchten Talkshows können das Parlament „weder verdrängen noch ersetzen“, so Lammert. Sie seien mal unterhaltsam,

mal informativ, aber: „Sie entscheiden gar nichts.“ Ob sie die öffentliche Meinung beeinflussen, sei im Übrigen offen. Jüngste wissenschaftliche Untersuchungen könnten den Effekt nicht belegen. Es gibt noch eine persönliche Komponente: Lammert hat seine persönliche Teilnahme an Talkshows bisher kategorisch abgelehnt.

Das eigentliche Thema – der Streit zwischen der Kanzlerin und ihm über die Beratungsmöglichkeiten zu den Vorlagen über den Euro-Rettungsschirm – will er ohne Dramatik behandelt wissen. In einem Zeitungsinterview hatte er noch vor wenigen Tagen sich mit einer als Gegendrohung an die Kanzlerin empfundenen Interviewpositioniert: „Die Bundesregierung kann ohne die Zustimmung des Bundestages nichts zusagen, was auch nur einen Cent kostet.“ Und er fügte selbstbewusst hinzu: „Wie viel Beratungsbedarf wir haben, entscheidet der Bundestag selbst.“ Erzürnt konterte Union-Fraktionschef Volker Kauder, man „verbitte sich alle Belehrungen“.

Ob heute noch sorgfältig genug über Gesetze debattiert werde? Den Abgeordneten stünden durch die Digitalisierung ungeheure Informationsmöglichkeiten zur Verfügung. Die Gefahr sei, dass man „den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sieht“. Aber festlegen will sich Lammert in dieser Frage nicht: „Die pauschale Behauptung vom Niedergang gründlicher parlamentarischer Beratung ist genauso voreilig wie der umgekehrte fröhliche Triumph, dies sei ein Fortschritt der Zivilisation.“

Dass Regierungen – egal welcher Couleure – den Hang haben, die Spielräume für die Legislativ-Arbeit zu verengen, bestätigt der CDU-Mann: „Die Regierung denkt exekutiv, das Parlament legislativ“. Dass sich die Reibungen in der öffentlichen Wahrnehmung vermehren, hänge eng mit der Globalisierung der Finanzmärkte wie mit der Vergemeinschaftung von EU-Aufgaben zusammen. Die Zeitachsen für die Entscheidungsprozesse werden geringer. Lammert: „Ich kann da keinen bösen Willen der Regierung erkennen.“ Das Parlament werde nicht vorgeführt, was er auch nicht zulassen werde.

Er nimmt erkennbar Dampf aus der Kontroverse, nachdem die Fraktionen sich über einen Fahrplan zu den parlamentarischen Beratungen des Euro-Rettungsschirms verständigt hatten. Ernsthaften Streit mit der Kanzlerin sieht er in dieser Frage nicht.

„Eine Regierung hat einen Chef, das Parlament nicht“ – einer von Lammerts erhenen Glaubenssätzen. Der Bundestag sei ein Kollegialorgan. Daraus ergibt sich das bescheidene Credo: „Ich bin eher eine Art Klassensprecher mit allen Rechten und Pflichten wie alle anderen und einigen zusätzlichen Aufgaben im Interesse der ganzen Klasse.“



„Die Regierung denkt exekutiv, das Parlament legislativ“: die Bundeskanzlerin und ihr Parteikollege Lammert